

Dresdner Neueste Nachrichten

mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus
einzel. Druckerien monatlich 2,00 RM.
Sammelblatt 1,00 RM. Postbezug monatlich 2,00 RM. Einzel 43 Pf. Postgebühren
nur 25 Pf. Zustellungsgeb. Kreispankten: Für die Woche 1,00 RM.

Gingelnummer in Dresden und auswärts 20 Pf.

Schriftleitung, Verlag und Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A. Ferdinandstraße 4

Postanschrift: Dresden-A. 1. Postfach • Fernnr.: Dresden-Sammelnummer 24601, Fernverkehr 27951-27983 • Teleg.: Neue Dresden • Berliner Schriftleitung: Berlin N. 35, Villenviertl. 1a; Fernruf: 219361-219366

Postleitzahl: Dresden 2600 • Nichtverlangt: Anzeigen ohne Rückporto werden weder zurückgefordert noch aufbewahrt. - Im Falle höherer Gewalt oder Betriebsstörung haben unsre Redakteure keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erfüllung des entsprechenden Entgelts.

Anzeigenpreise: Gruppenpreis: bis 1 Spalte 10 Zent. im Anzeigenteil 14 Pf. Stellengesuche und private Sammelanzeigen 6 Pf., die 29 mindestens zum Zeitpunkt 1,10 RM. Brief nach Wohlstand 1 ob 10 Pf. Dienstpostkarte 5. Briefpostkarte 10 Pf. auf 10 Pf. Postkarte zur Zeit 10 Pf. Anzeigenpreisliste Nr. 2 gültig.

Ausgabezeit: Sonnabend/Sonntag, 16./17. Oktober 1937

Ar. 243

45. Jahrgang

Brandstiftung auf Palästinas größtem Flugplatz

Die Funkstation abgebrannt, zwei weitere Gebäude eingeäschert — Sistes Vordringen der Japaner zum Gelben Fluß

Der Großmufti entflohen

Die Spannung in Palästina wächst — Panzerwagen fahren durch Jerusalem

Sonderberichterstattung der Dresdner Neuesten Nachrichten

Jerusalem, 16. Oktober. (Mittel Preu)

Die Unruhe in Palästina wächst stetig. Heute nachts brannten auf dem größten Flughafen Palästinas, in Lydda in der Nähe von Jaffa, die Gebäude der britischen Station, der Paketkontrolle und des Zolls völlig nieder. Zweifellos liegt Brandstiftung vor. Die Stadt Jerusalem war in der Nacht zum Sonnabend der Schauplatz unzähliger Schiebereien. Auch in zahlreichen anderen Orten wurde geschossen.

Der abgelaufte Großmufti von Jerusalem, das Haupt der arabischen Bewegung, ist aus der Omarschreine, in der er sich bisher aufhielt, entflohen. Trotzdem die Mobsche von englischen Polen umstellt und die Ausgänge stark bewacht waren, ist der Mufti in Freiheit entkommen. Einigen einer anfänglich zögerlichen Meinung, daß er nach Ägypten geflohen sei, nach sehr bekannt, daß es ihm wahrscheinlich gelungen

ist, nach Syrien zu entkommen, von wo er sich wahrscheinlich nach Damaskus, der Zentrale der arabischen Bewegung, begibt wird.

Die gestrige Zwischenfälle haben die Spannung wesentlich verschärft. Jerusalem war in der letzten Nacht eine tote Stadt. Sämtliche Türen und Fenster wurden geschlossen bleibend. Die Straßen lagen leer und verlassen da, bis auf Polizeikreisen und Militärsoldaten. Nur das Motorrennen britischer Panzerwagen war, vernehmbar. Auch der Eisenbahnverkehr ist des Nachts völlig eingestellt. Bloß sind bei den Unruhen insgesamt vier Araber getötet worden.

Allm. Anschein noch ist noch mit einem Zuschauen der Terroristen in den nächsten Tagen zu rechnen, die von einer geheimen Organisation angezogen werden, deren Zentrale sich in Damaskus befindet.

Spanien Objekt britischer Machtpolitik

Telegramm unseres Korrespondenten

St. Louis, 16. Oktober

Mit einer großen Rede in Londono in Wales hat der englische Außenminister Eden die öffentlichen Erklärungen über die Krise der Nichteinmischungspolitik, die gegenwärtige außenpolitische Lage bestreitet, eingesetzt. Heute vormittag 11 Uhr trat der Nichteinmischungsdienst zusammen, um einen leichten Bericht zu machen, den Bericht der europäischen Mächte in der Spanienfrage in zwei offene feindliche Lager zu zerstreuen. Gleichzeitig verstreuten sie die gemeinsamen englisch-amerikanischen Anstrengungen auf dem Pfeil über die Neuvermählungskonferenz in Brüssel, die Lage im Fernen Osten entscheidend zu beeinflussen.

Zu beiden Problemen nahm Eden Stellung. Die geografische Weite, die sich dadurch ergab, kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß brennende Fragen, wie vor allem die Kolonialfrage, immer noch gelöst werden. Eden begnügte sich in diesem Zusammenhang damit, in allgemeiner Form zu betonen, "England will kein Land unterstehen, einzutreten oder mit seiner Hände verfolgen". Das wichtigste, was Eden über die aktuelle Spanienpolitik zu sagen hatte, ist die von ihm besonders unterschiedene.

Unterscheidung zwischen "Nichteinmischungspolitik" und "Mächtehaftigkeit".

Die Bereitschaft Englands, sich im rein spanischen Angelegenheiten nicht einzumischen, so erklärte der Außenminister, dürfte nicht so ausgetreten werden, daß England gleichzeitig bleibt, wenn britische Interessen auf dem Spielen ständen. Die Nichteinmischung in dem Sinne, daß keine britischen Soldaten und Flugzeuge auf der einen oder anderen Seite in Spanien eingesetzt würden, versteht Edens. Das Gegenteil herzu aber steht, England sei nicht uninteressiert an den Möglichkeiten einer künftigen spanischen Außenpolitik, an Entwicklungen, die sich im Mittelmeer aus der Expansion anderer Mächte ergeben könnten, und an für England lebenswichtigen Mittelmeertarifen. Der Name der Dinge, die England nicht gleichzeitig lassen, ist also sehr weit gewandt. Edens rechnete man zum Beispiel die Führung der Außenpolitik zu denjenigen Fragen, die ein Land selbst zu entscheiden hat. Eden hat jedoch deutlich gemacht, daß die künftige spanische Außenpolitik zu den Dingen gehört, die England sehr stark interessieren.

Es ist läufig also damit zu rechnen, daß England wieder als höher eine Interessenpolitik in den spanischen Frage treiben wird. Spanien beginnt, wenn man Edens Rede genau nimmt, von nun an in noch höherem Maße als bisher Objekt einer diplomatischen Auseinandersetzung zu werden. Die zweite wichtige Erklärung, die Eden traf, war der Hinweis darauf, daß England auf eine leidende Erziehung des Nichteinmischungsdienstes entkehlenden Wert legt, und daß eine starke Lage einztritt, wenn keine Einigung erreicht werde.

Diese Auffassung ist nicht neu, aber man muß sich erneut erinnern, um sich der Bedeutung der bevorstehenden Verhandlungen bewußt zu werden. Außerdem vermeidet Eden jedoch jede Festlegung auf einzelne englisch-französische Pläne. Mit einer bewegten Klage über das "Zeitalter der Verberührung von Vertragsschriften" glaubte Eden eine geschickte Überleitung zu den Erklärungen gefunden zu haben, die der amerikanische Präsident Roosevelt kürzlich in Chicago über die "internationale Rechtslosigkeit" und die Lage im Fernen Osten abgegeben hatte. Beweiswert ist höchstlich, daß Eden, genau wie Chamberlain neutral, belont auf das enge Verhältnis zu Frankreich hinzwies. Eden meinte, in dieser Hinsicht habe sich seit fünf Jahren ein begründeter Wandel vollzogen. Diese Sätze Edens sind allerdings nicht so harmlos, wie sie klingen, weil sie in der üblichen trocknen Diplomatenprache ausgedrückt sind. Sie lassen vielmehr darauf schließen, daß England seine Zusammenarbeit mit Frankreich noch weiter ausbaute.

Diese Pläne haben durch die Ablehnung der Vereinigten Staaten von der früheren Isolationspolitik und die Binnendurchdringung zu den beiden westlichen Demokratien neuen Auftrieb erhalten. Von der Opposition her wird Edens Rede „die schwächer“ genannt, die es während seiner ganzen Laufbahn gehalten hat. Die kriegslustigen Paßpässe auf der Linken sind entlastend darüber, daß Eden keine bestimmten englisch-französischen Maßnahmen für den Fall eines Schalters des "letzten Vertrages" in Aussicht stellt hat. Die Regierungspresse mißt jedoch der Rede große Bedeutung bei und meint, daß Eden für diese Außenpolitik der Unterstüzung der gesamten Nation über sein könnte.

"Symbolholste" Zurückziehung

Neues englisches Schlagwort in der Freiwilligenfrage

London, 16. Oktober. (Durch Funksprach)

Zu der heutigen Sitzung des Unterstaatsrätes des Nichteinmischungsdienstes nehmen die diplomatischen Korrespondenten des Morgenblätter an, das sowohl der englische wie auch der französische Vertreter vor dem Publikum gleiche Erklärungen abgeben werden, in denen sie eine losartige "Symbolholste" Zurückziehung von Freiwilligen auf beiden Seiten fordern würden. Der diplomatische Korrespondent der "Times" allerdings erwähnt diese Möglichkeit nicht, besitzt aber dafür, daß England und Frankreich bei Nichteinmischungskommission einer Einigung innerhalb einer kurzen Zeit folgen würden, man dürfe nicht erwarten, daß der gegenwärtige Zustand weiter anhalten. Bei einer Übereinkunft und einem weiblichen Vorrecht in der Zurückziehung der Freiwilligen müßten die beiden Regierungen Frankreichs und Englands aber bereit sein, die Aussetzung von Reden zu erlauben.

Von Sonntag zu Sonntag

Was im Ausland geschah — Ein Querschnitt durch die Weltpolitik der Woche

Wieder Nichteinmischungsausschuß

Heute vormittag ist nunmehr der Nichteinmischungsdienst wieder zusammengetreten, um noch einmal sein Bild in der spanischen Frage zu verfestigen. Der englische Außenminister Eden hat es für nötig gehalten, diese Tagung mit einer Rede einzuleiten, die er in London Georges Wahlfeld, in Londono (Wales), am vergangenen Freitag hielt. Sehr bemerkenswert ist, daß in dieser Rede, die im größten Rahmen alle einschlägigen außenpolitischen Fragen der englischen und internationalen Politik behandelt, kein einzelnes Wort über die Kolonialfrage gelegt wurde, obwohl es doch zur Zeit kaum ein Problem gibt, das wichtiger oder deren Bedeutung notwendiger wäre als gerade diese Frage.

Im übrigen enthielt die Rede Edens inhaltlich wenig Neues. Neu waren lediglich einige Formulierungen, darunter vor allem die harte Beleidigung der mächtigsten Interessen Englands in der spanischen Frage. Diese mächtigsten Interessen machen nach Eden nicht etwa bei der Sicherung der Verbindungsweges des britischen Weltreichs im Mittelmeer und der sonstigen englischen Weltmeerecht, sondern erfreuen sich auch auf rein spanische Fragen, wie zum Beispiel die Machtlinien der künftigen spanischen Außenpolitik, an denen nach Eden England ein besonderes Interesse hat. Weiter wurde vor allem die französisch-englische Freundschaft und Zusammenarbeit von Eden gelebt und dabei betont, daß die Hände, die beide Staaten miteinander verbinden, heutzutage weit enger seien als vielleicht im Jahre 1935. Eden sprach erneut von den großen Aufgaben der beiden "westlichen Demokratien" und verdeutlichte nicht, in diesem Zusammenhang auch auf die Koalition-Rede in den Vereinigten Staaten hingewiesen. Obwohl er mit vielen Worten die "Solidarität" der Demokratie pries, konnte er sich doch verabschieden, von sehr wenig Zuversicht und Patetik zeugende Bemerkungen über das Regime der autoritären Staaten nicht verabschieden. Am Übrigen bestätigte er sich damit, auf den "Gesetz der Lage" hinzuweisen, der entstehen würde, falls die Arbeiten des Nichteinmischungsdienstes kein Ergebnis hätten, erwartete aber zum Sommer einiger französischer Blätter, die mehr von ihm erwartet zu haben schienen, die gemeinsamen englisch-französischen Maßnahmen nicht, die im Falle eines Schalters dieser Verhandlungen getroffen werden sollen.

Die Pyrenäengrenze

Die Frage, welche "gemeinsamen Maßnahmen" England und Frankreich zu ergreifen gedenken, fassen die Verhandlungen des Nichteinmischungsdienstes weiter und dann eine neue Verstärkung der Situation im Mittelmeer ein. Von französischer Seite war zunächst Stimmung dafür gemacht worden, noch vor Beginn der Verhandlungen im Londoner Ausland die gemeinsamen englisch-französischen Entschlüsse bekanntzugeben. Man hat darauf verzichtet. Ginerkis weiß man einschätzen muß, daß es völlig verfehlt wäre, die Verhandlungen im Schatten irgendwelcher "drohender Gesten" überhaupt erst zu beginnen, anderes weiß eine Einigung zwischen Frankreich und England in diesen Punkten noch nicht zu erreichen war. Das gilt in erster Linie für die kolonialen Führer der französischen Volksfront, verlangte eine Lefébure, der Pyrenäengrenze, der sich das französische Reich als Ganzes sicher widerlegt hat, während ein Teil der Minderheit, vor allem Pierre Cot, aus innerpolitischem Grunde für eine solche Definition der Grenze ist. Aber sicher kommt sich der mögliche Einfluß von Männern wie Chautemps und Bonnet sowie des Staatsräthekens Debré leicht durch, die durchaus die katastrophalen Möglichkeiten eines solchen osmanischen Einfalls für Frankreich erkennen. Unter allen Umständen sehen die gemeinsamen Kreise auch in dieser Frage ähnlich nach England und wünschen jede eingeschränkte Maßnahme Frankreichs zu vermeiden. Nach der gestrigen Rede des englischen Außenministers kann man nunmehr, in einer Beleidigung Minores durch General Franco, auch eine Verstärkung des italienischen Einflusses auf Minorca und damit eine Verschärfung des gesamten französischen Mobilisierungspolitik sehen zu müssen. Die englische Regierung hat sich bisher noch in keiner Weise gebunden, und wie die Dinge zur Stunde, da diese Seiten geschieden werden, aussehen, dürfte der französische Plan einer Besetzung Minorcas zumindest in seinem ursprünglichen Form wohl zunächst wieder in den Hintergrund treten.

Es ist nur außerordentlich beachtlich und interessant, mit welcher Ruhe, ja mit welcher Selbstverständlichkeit hier in den diplomatischen und militärischen Kreisen zweier Grokmächte die Beleidigung eines Gebietes, das weder der einen noch der anderen Macht gehört, diskutiert und erwogen wird. Denn offenkundig haben weder die Engländer noch die Franzosen etwas auf Minorca zu suchen, und niemand hat, wenn er sich nicht direkt in den spanischen Bürgerkrieg einmischt, und Partei ergriffen, also auf die Nichteinmischungspolitik verzichten will, daß Recht, irgendwelche Operationen General Franco gegen Minorca zu verhindern oder auch nur zu föhren. Angefäßt des großen Gedankes, daß die französische und englische Presse bei jeder angeklagten Verleumdung spanischer Souveränitätsrechte erholt, ist es außerordentlich erstaunlich, mit anzusehen, wie alle beratigen moralischen Erwägungen sofort in den Hintergrund treten, falls vorbert. Genau so hat man die Verleumdung der bel-

den französischen Anregungen bisher sehr vorsichtig und abwartend verhalten. In italienischen Kreisen war in der vergangenen Woche sogar noch mehr von der Sicherheit der Mittelmeerwege die Rede als von der Sicherung der Pyrenäengrenze. Man glaubt in Paris, eine besondere Gefahr in Minorca, der öst-

Der Führer in Coburg

Gauleiter Mutschmann spricht in Freiberg

Unter begeistertem Jubel sprach gestern der Führer bei der "Gaujubfeier des Tages von Coburg 1922" zu der in Coburg versammelten Alten Garde. Adolf Hitler erinnerte an den großen Kampf der Bewegung für Deutschland und rief seine Getreuen auf, die Tugenden, die diesen Kampf zum Sieg geführt haben, Treue und Gehorsam, Disziplin und Opferwilligkeit, auch weiterhin zu bewahren in dem Kampf für die unantastbaren Lebensrechte der Nation. Diesem Kampf für die Lebensziele Deutschlands gilt auch die große Propagandaaktion des Gaues Sachsen, "Ein Volk drückt Ketten", die gestern im Kreise Freiberg mit einer Rede des Gauleiters Mutschmann eröffnet wurde. (Die Berichte über die Ansprache des Führers und die Rede des Gauleiters siehe Seite 4.)

lichsten der Baleareninseln, zu sehen. Während Mallorca, die größte Baleareninsel, im Besitz General Franco ist, befindet sich das kleinere Minorca noch in den Händen des Valenciaadmirals. In Paris befürchtet man nun einen bevorstehenden Handstreich General Franco auf Minorca und möchte der englischen Regierung gewisse Vorschläge, einem solchen Handstreich zuvorzukommen. Zu diesen Vorschlägen gehört die Beleidigung des Hauptstadt von Minorca, Port Mahón, durch englische und französische Streitkräfte oder, falls dies nicht durchzuführen ist, die Besetzung des Hafens durch englisch-französische Streitkräfte.

Französische Mobilisierungsgesetze

Man begrüßt in Paris die Anregungen mit der Sorge um die Verbindung des französischen Mutterlandes mit dem nordafrikanischen Kolonialreich. Bekanntlich spielt im französischen Mobilisierungsgesetz die zweitälteste Kavallerie der Kolonialtruppen auf französischem Boden eine außerordentlich große Rolle. Die Seemarines aber, sowohl von Algerien wie von Tunis, führen zwischen Minorca und der italienischen Insel Sardinien hindurch, die nur etwa 200 Seemeilen voneinander entfernt sind. In Paris glaubt man nunmehr, in einer Beleidigung Minorcas durch Streitkräfte General Franços auch eine Verstärkung des italienischen Einflusses auf Minorca und damit eine Verschärfung des gesamten französischen Mobilisierungspolitik sehen zu müssen. Die englische Regierung hat sich bisher noch in keiner Weise gebunden, und wie die Dinge zur Stunde, da diese Seiten geschieden werden, aussehen, dürfte der französische Plan einer Besetzung Minorcas zumindest in seinem ursprünglichen Form wohl zunächst wieder in den Hintergrund treten.

Es ist nur außerordentlich beachtlich und interessant, mit welcher Ruhe, ja mit welcher Selbstverständlichkeit hier in den diplomatischen und militärischen Kreisen zweier Grokmächte die Beleidigung eines Gebietes, das weder der einen noch der anderen Macht gehört, diskutiert und erwogen wird. Denn offenkundig haben weder die Engländer noch die Franzosen etwas auf Minorca zu suchen, und niemand hat, wenn er sich nicht direkt in den spanischen Bürgerkrieg einmischt, und Partei ergriffen, also auf die Nichteinmischungspolitik verzichten will, daß Recht, irgendwelche Operationen General Franco gegen Minorca zu verhindern oder auch nur zu föhren. Angefäßt des großen Gedankes, daß die französische und englische Presse bei jeder angeklagten Verleumdung spanischer Souveränitätsrechte erholt, ist es außerordentlich erstaunlich, mit anzusehen, wie alle beratigen moralischen Erwägungen sofort in den Hintergrund treten, falls vorbert. Genau so hat man die Verleumdung der bel-